

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 83 (2005)
Heft: 4

Artikel: Wetterleuchten des Umsturzes : die russische Revolution von 1905 und die Massenstreikdebatte in der internationalen Arbeiterbewegung
Autor: Koller, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341925>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wetterleuchten des Umsturzes

Die russische Revolution von 1905 und die Massenstreikdebatte in der internationalen Arbeiterbewegung

Im Januar 1917 waren in einem Referat im Zürcher Volkshaus die folgenden Ausführungen zu hören: «Die russische Revolution ist die erste – sie wird sicher nicht die letzte – grosse Revolution

Christian Koller

in der Weltgeschichte sein, in der der politische Massenstreik eine ungemein grosse Rolle spielte. Ja, man kann nicht einmal die Vorgänge der russischen Revolution, den Wechsel ihrer politischen Formen verstehen, ohne die Grundlage dieser Vorgänge und dieses Wechsels in der Statistik der Streiks zu suchen.» Das Thema des Vortrages war die Revolution von 1905, als Organisatoren der Veranstaltung, die mit der «Internationale» eröffnet, der «Arbeiter-Mar-seillaise» geschlossen wurde und nebst dem Referat noch Musikeinlagen und Rezitationen umfasste, zeichneten die Sozialdemokratische Jugendorganisation der Schweiz sowie die Sektion Zürich der Sozialdemokratischen Partei Russlands. Der Referent war kein geringerer als Lenin, der kurz darauf nach Russland zurückreiste, um sich ins revolutionäre Getümmel zu stürzen und noch im Oktober gleichen Jahres die Macht an sich zu reissen. Während Lenin dem politischen Massenstreik an sich skeptisch gegenüberstand und den bewaffneten Aufstand einer revolutionären Avantgarde bevorzugte, konnten sich

seine ZuhörerInnen für dieses Mittel des proletarischen Klassenkampfes durchaus erwärmen und spielten weniger als zwei Jahre später im schweizerischen Landesstreik, der allerdings ein wenig revolutionäres Programm durchzusetzen versuchte, eine aktive Rolle.

Die russischen Revolutionen vom Februar und Oktober 1917 wären ohne diejenige von 1905 undenkbar gewesen. Schon längere Zeit zuvor waren die sozialen und politischen Probleme im Zarenreich unübersehbar geworden. Zwar hatte sich die Wirtschaft beschleunigt modernisiert. Neue Bahnlinien verbanden die schnell wachsenden Städte und die Zahl der Fabrikarbeiter war von 1,4 Millionen im Jahre 1890 auf 2,4 Millionen im Jahre 1900 angewachsen. Die grosse Mehrzahl der Bevölkerung waren aber weiterhin Kleinbauern, die oftmals am Rande des Existenzminimums lebten. Auch die Lage der Fabrikarbeiter war vielfach erbärmlich. Das repressive autokratische System erlaubte die Bildung von Gewerkschaften nicht, sondern versuchte durch polizeilich kontrollierte Organisationen die Arbeiterschaft zu vereinnahmen. Im Jahre 1904 liess die Inflation die Reallöhne noch um 20% sinken. Im Februar dieses Jahres erklärte Russland Japan den Krieg in der Hoffnung, dadurch von den innenpolitischen Problemen ablenken zu können. Der vermeintliche Befreiungsschlag endete

aber in einem Debakel: Im Januar 1905 fiel unerwartet die stark verteidigte Festung Port Arthur, im Mai wurde die russische Flotte bei Tsushima vernichtet und schliesslich gewann Japan eine vorherrschende Stellung im Fernen Osten. Schon lange vor dem Kriegsende im August 1905 regte sich aus verschiedenen gesellschaftlichen Schichten Opposition. Kreise aus der kritischen Intelligencija entfalteten die sogenannte «Bankettbewegung» und veranstalteten Festessen, an denen politische Resolutionen verabschiedet wurden. Am 4. Januar 1905 traten die Arbeiter im Petersburger Putilow-Werk in den Ausstand; in den folgenden Tagen weitete sich der Streik aus und umfasste bald 140 000 Arbeiter. Am 9. Januar zog eine Demonstration von weit über 100 000 Menschen vor den Zarenpalast und forderte bürgerliche Freiheiten, die Einrichtung eines Parlaments, wirtschaftliche Erleichterung und den Achtstundentag. Der Demonstrationzug, der wahrscheinlich unter dem Einfluss der Bankettbewegung stand, wurde vom Popen Gapon geleitet und war keineswegs umstürzlerisch gesinnt; vielmehr wurden zahlreiche Ikonen und Zarenbilder mitgetragen. Auch der Schluss der Petition, die die Demonstranten überreichen wollten, war noch durchaus zarentreu: «Kaiser! Hilf Deinem Volke! Vernichte die Scheidewand zwischen Dir und dem Volke! [...] Befiehl die Erfüllung unserer Bitten, und Du machst Russland glücklich; wenn nicht, so sterben wir hier. Wir haben nur zwei Wege: Freiheit und das Glück oder das Grab.» Eintreffen sollte für viele die letztere Alternative: Die Palastwache schoss in die Menge, tötete über 100 Menschen und verletzte etwa 300 weitere. Diesem «Blutsonntag» folgte eine Woche darauf in Warschau ein zweiter.

Die psychologische Wirkung dieser Ereignisse war ungeheuer. Es zerbrach die bisher noch weit verbreitete Illusion, die

Regierung sei grundsätzlich am Wohl des Volkes interessiert. An zahlreichen Orten kam es nun zu Unruhen und Streiks, am heftigsten vor allem in Randgebieten des Reiches, in Polen, Lettland, im Kaukasus, am Schwarzen Meer und im Textilgebiet um Ivanovo-Voznesensk. Im April streikten 80 000 Personen, im Mai bereits 200 000. Allenthalben bildeten sich Berufsverbände, die sich Anfang Mai zu einer Dachorganisation zusammenschlossen. Wissenschaftler und Lehrer forderten die Einrichtung einer frei gewählten Volksvertretung und zahlreiche Nationalitäten des Reichen beriefen Kongresse ein und erhoben Autonomieforderungen. Ende Juli tagte der erste allrussische Kongress des neugegründeten Bauernverbandes. Ausserdem gab es Meutereien in Armee und Flotte, so auf dem Panzerkreuzer Potemkin am 14. Juni. Nach dem Einlaufen des Panzerkreuzers in Odessa, wo ein Generalstreik stattfand, richteten Kosakentruppen in den folgenden Tagen bei der Niederschlagung der Aufstände ein Blutbad an. Die Besatzung des Panzerkreuzers flüchtete nach Konstanza und ergab sich dort den rumänischen Behörden. Diese Ereignisse dienten als Grundlage für Sergeij Eisensteins Stummfilmepos «Panzerkreuzer Potemkin» von 1925.

Nachdem die Proteste vorübergehend abgeflaut waren, kam es ab September 1905 wieder zu zahlreichen Streiks, die nun auch in den Metropolen Moskau und St. Petersburg um sich griffen. Vom 7. bis 13. Oktober traten auch die Eisenbahner in den Ausstand. Sogar in einem Priesterseminar brach ein Streik aus. Als neue Organisationsform bildeten sich die Sowjets, von den Arbeitern gewählte Räte, die die Streikbewegung leiteten. Der am 13. Oktober zusammengetretene Petersburger Sowjet rief in den folgenden Wochen mehrfach zum Generalstreik auf. Am 26. November wurde an seine

Spitze Leo Trotzki, der nachmalige Gründer der Roten Armee, gewählt. Am 3. Dezember liess die Regierung die Führer des Petersburger Sowjets verhaften. Auch in Moskau kam es zu einem Generalstreik, der ebenfalls von einem Sowjet geleitet wurde. Unter dem Einfluss der Bolschewiki, dem von Lenin dominierten linken Flügel der russischen Sozialdemokratie, brach am 9. Dezember in Moskau sogar ein bewaffneter Aufstand aus, der nach einer Woche blutig niedergeschlagen wurde. Das System der Sowjets, deren Deputierte von der Basis jederzeit abberufen werden konnten, galt in der Folge als anzustrebende Idealform der Arbeiterdemokratie und sollte im Revolutionsjahr 1917 eine wichtige Rolle spielen.

Auch auf dem Lande kam es im Verlauf des Jahres 1905 zu sozialen Unruhen, die ab dem Oktober zunahmen. Bauern plünderten und brandschatzten adlige Gutshöfe, ermordeten die Gutsherren und teilten die Nahrungsmittelvorräte unter sich auf. In Westrussland kam es auch zu Judenpogromen. Bei den gewaltsamen bäuerlichen Protesten, die im Jahr 1906 weitergingen, wurden insgesamt 2000 Landgüter niedergebrannt. Aber auch in den Städten gab es im Frühjahr 1906 noch durchschnittlich fünf politische Attentate pro Tag, häufig verübt durch Anarchisten, und zahlreiche Banküberfälle sollten Geld für die Revolution beschaffen. Erst 1907 waren die revolutionären Unruhen vollständig beendet.

Die zaristische Regierung reagierte auf die Aufstände nicht nur mit Repression, sondern auch mit vagen Versprechungen. Im August 1905 erschien eine Proklamation des Zaren über die Schaffung einer beratenden Reichsvertretung. Am 17. Oktober kündigte der Zar im sogenannten Oktobermanifest die Einführung von Meinungs-, Ver-

sammlungs- und Vereinsfreiheit sowie die Einrichtung einer gesetzgebenden Kammer (Duma) an. Letztere sollte von allen Bevölkerungsschichten gewählt werden, jedoch nach einem ungleichen Wahlrecht, worin die Stimme eines Grossgrundbesitzers gleich 15 Bauernstimmen oder 45 Arbeiterstimmen war. Auch sollte über wichtige Entscheidungen wie den Militär- und Hofetat gar nicht in der Duma abgestimmt werden, der Zar besass das Vetorecht über alle in der Duma getroffenen Entscheidungen und Abstimmungen und konnte diese auch auflösen. Ausserdem behielt er das Recht zur Kriegserklärung, setzte weiterhin die Minister nach eigenem Gutdünken ein und ab und kontrollierte immer noch die Orthodoxe Kirche. Zu Recht ist dieses System deshalb vom berühmten Soziologen Max Weber als «Scheinkonstitutionalismus» bezeichnet worden.

Das Oktobermanifest spaltete die Opposition der Intelligencija, wobei einer Mehrheit, die sich in der neugegründeten liberalen Partei der Konstitutionellen Demokraten oder in den verschiedenen sozialistischen Parteien organisierte, die angekündigten Reformen zu wenig weit gingen. Die Liberalen lösten sich aber aus der revolutionären Front, um ihren Kampf in das versprochene Parlament zu verlegen. Die erste Duma, der als zweite Kammer inzwischen ein zur Hälfte vom Zaren ernannter Reichsrat zur Seite gestellt worden war, trat im April 1906 zusammen. Trotz des ungleichen Wahlrechts befanden sich die oppositionellen Kräfte in der klaren Mehrheit. An der ersten Sitzung wurden die Freilassung politischer Gefangener, die Gewährung gewerkschaftlicher Rechte und eine Landreform gefordert. Zar Nikolaus II. lehnte diese Begehren ab und löste die Duma auf. Bereits zuvor hatte er den leitenden Minister Sergeij Witte durch den konservativeren Peter Stolypin ersetzt.

Die zweite Duma, in der ebenfalls die Opposition in der Mehrheit war, versammelte sich im Februar 1907 und wurde nach drei Monaten wieder aufgelöst. Erst nach einer Wahlrechtsreform, die den Wahlvorgang noch ungleicher machte und eine konservative Mehrheit sicherte, konnte eine der Regierung genehme Duma ihre Tätigkeit aufnehmen.

In West- und Mitteleuropa nahm man an den Vorgängen in Russland lebhaften Anteil, vor allem in der Arbeiterbewegung. Der deutsche Linksozialdemokrat Karl Liebknecht meinte schon im Februar 1905 in einer Rede, an dem Blute, das am 9. Januar vergossen wurde, werde auch der Zarismus verbluten und rief aus: «Die Freiheit, die für Russland anbricht, ist aber auch die Freiheit für Preussen, für Sachsen, für Deutschland.»

Die Massenstreiks der folgenden Monate liessen dann vor allem die Debatten über Sinn und Unsinn des politischen Generalstreiks wieder aufflammen. Das Mittel des Generalstreiks war bereits in den 1840er Jahren von der englischen Reformbewegung der Chartisten angewandt worden, allerdings ohne unmittelbaren Erfolg. 1868 bezeichnete die Erste Internationale in einem Beschluss den Generalstreik als geeignetes Mittel zur Verhinderung künftiger Kriege. 1893 fand in Belgien ein Generalstreik für die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts statt; gewährt wurde schliesslich ein allgemeines, aber ungleiches Wahlrecht. Ein neuerlicher Generalstreik für das gleiche Wahlrecht im Jahre 1902 wurde von Polizei und Militär unterdrückt. Um die Jahrhundertwende fanden auch Generalstreiks in Schweden, den Niederlanden und Spanien statt.

In den theoretischen Debatten des ausgehenden 19. Jahrhunderts wurden zur Massenstreikfrage grob drei unterschiedliche Positionen vertreten: Marxistische

Sozialdemokraten sahen in ihm ein Abwehrmittel, für reformerische SyndikalistInnen war er sowohl Abwehrmittel als auch Mittel zur Durchsetzung noch nicht erreichter Rechte und die Anarchisten propagierten ihn als direkten Angriff auf den Klassenstaat und als Beginn der sozialen Revolution. Die Zweite Internationale, in der sich vor allem französische Sozialisten für den Massenstreik stark machten, lehnte auf ihren Kongressen von 1896 und 1900 internationale Generalstreiks als Kampfmittel ab. Auf dem Kongress von 1904 erfolgte dann die Anerkennung des Massenstreiks als das «äusserste Mittel, um bedeutende gesellschaftliche Veränderungen durchzuführen oder sich reaktionären Anschlägen auf die Rechte der Arbeiter zu widersetzen».

Während und nach der russischen Revolution von 1905 setzte, namentlich in der deutschen Sozialdemokratie, eine intensive Massenstreikdebatte ein. Auf dem Parteitag von 1905 rief Rosa Luxemburg als Wortführerin der BefürworterInnen politischer Massenstreiks aus: «Wir sehen die russische Revolution, und wir wären Esel, wenn wir daraus nichts lernten.» Das Parteizentrum um August Bebel befürwortete den Massenstreik indessen nur «im Notfalle» und setzte sich bei den Delegierten mit dieser Position durch. Im Jahr darauf warnte Karl Kautsky vor einer Parallelisierung Deutschlands und Russlands und sah im politischen Massenstreik in Russland gleichsam ein Naturereignis, das auf die politische und ökonomische Rückständigkeit des Landes zurückzuführen sei. Demgegenüber übte Rosa Luxemburg in einer Broschüre mit dem Titel «Massenstreik, Partei und Gewerkschaften» Kritik an SPD und Gewerkschaften: «Statt sich mit der technischen Seite, mit dem Mechanismus der Massenstreiks den Kopf zu zerbrechen, ist die Sozialdemokratie berufen, die politische Leitung

auch mitten in der Revolutionsperiode zu übernehmen. [...] Eine konsequente, entschlossene, vorwärtsstrebende Taktik der Sozialdemokratie ruft in der Masse das Gefühl der Sicherheit, des Selbstvertrauens und der Kampflust hervor; eine schwankende, schwächliche, auf der Unterschätzung des Proletariats basierte Taktik wirkt auf die Masse lähmend und verwirrend. Im ersteren Falle brechen Massenstreiks «von selbst» und immer «rechtzeitig» aus, im zweiten bleiben mitunter direkte Aufforderungen der Leitung zum Massenstreik erfolglos. Und für beides liefert die russische Revolution sprechende Beispiele.» Das russische Beispiel habe gezeigt, dass sogar ein wenig organisiertes Proletariat jahrelange Kämpfe auszufechten im Stande sei, während die wohlorganisierte deutsche Arbeiterschaft nur sporadisch in Streiks in Erscheinung trete.

Auch in der Schweiz entspannte sich eine ähnliche Diskussion. Sie war eingebettet in eine regelrechte Streikwelle, die der Arbeiterbewegung einen grossen Zulauf bescherte: 1905 beteiligten sich 23 110 Personen an 167 Streiks, 1906 24 636 Personen an 264 Streiks und 1907 gar 31 927 Personen an 276 Streiks. Zwi-

schen 1902 und 1912 gab es auch zehn lokale Generalstreiks, die grössten 1902 und 1907 in Genf und 1912 in Zürich. Es war vor allem Robert Grimm, der den Generalstreik als Mittel zur Systemveränderung befürwortete, wenn auch nur als Ergänzung des Parlamentarismus und als Krönung der bisherigen Mittel und Methoden des Klassenkampfes. In einem 1906 gehaltenen Vortrag, der in der Folge auch in Form einer Broschüre verbreitet wurde, befürwortete er die Möglichkeit, durch einen Massenstreik die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen und der Arbeiterklasse zur Macht zu verhelfen. Die schweizerischen Gewerkschaften standen der Generalstreikidee zunächst indessen wie ihre deutschen Bruderorganisationen sehr skeptisch gegenüber.

Trotz entsprechender Beschlüsse der Zweiten Internationale erwies sich die Vorstellung, einen grossen europäischen Krieg mit dem Mittel des Massenstreiks verhindern zu können, im Sommer 1914 als Illusion. Erst die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verwerfungen des Ersten Weltkriegs liessen dann den Massenstreik nach Jahren des Mordens in zahlreichen Ländern zu einer Realität werden.